Aus dem Ortsgemeinderat

Am 10.08.2016 fand in Reuth, im Gemeindehaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Ewald Hansen eine öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Reuth statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Bebauungsplan für den Gemarkungsbereich "Auf dem Stein" - Aufstellungsbeschluss

Sachverhalt:

Für einen Teil des Gemarkungsbereichs „Auf dem Stein“ soll ein Bebauungsplan mit der Bezeichnung „Auf dem Stein“ aufgestellt werden.

Ziel der Planung ist es, den vorhandenen und kurz- bis mittelfristig entstehenden Bedarf an Wohnbauflächen in der Ortsgemeinde zu befriedigen.

In das Plangebiet werden voraussichtlich die Grundstücke Gemarkung Reuth, Flur 7, Parzellen 36/3, 36/2 und 36/1 sowie Flur 8, Parzellen 19/2, 19/1, 20 und Teilfläche der Parzelle 36 (Wegeparzelle) einbezogen (siehe Lageplan).

Beschluss:

Nach sehr eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, einen Bebauungsplan mit der Bezeichnung „Auf dem Stein“ aufzustellen.

Ziel der Planung ist es, den vorhandenen und kurz- bis mittelfristig entstehenden Bedarf an Wohnbauflächen in der Ortsgemeinde Reuth zu befriedigen.

In das Plangebiet werden voraussichtlich die Grundstücke Gemarkung Reuth, Flur 7, Parzellen 36/3, 36/2 und 36/1 sowie Flur 8, Parzellen 19/2, 19/1, 20 und Teilfläche der Parzelle 36 (Wegeparzelle) einbezogen.

Der Geltungsbereich des zukünftigen Bebauungsplanes ist im beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Aufstellungsbeschlusses ist, dargestellt.

Mit der Erarbeitung des Bebauungsplanes einschließlich des landespflegerischen Fachbeitrages soll das Planungsbüro Becker, Kall, auf der Grundlage der HOAI beauftragt werden. Der Ortsbürgermeister wird ermächtigt, den Planungsauftrag nach abschließender Prüfung zu erteilen.

Jagdgenossenschaft Reuth - Zuschuss zum Wirtschaftswegebau/-unterhaltung - Beratung und Beschlussfassung über das künftige Verfahren

Sachverhalt:

Der Vorsitzende informierte den Ortsgemeinderat über die bisherige Verfahrensweise und über seine Gespräche mit der Jagdgenossenschaft. Er informierte weiter über die vertraglichen Vereinbarungen hinsichtlich der Wegeentschädigungen aus der Windkraftnutzung.

Der Ortsgemeinderat sollte abschließend entscheiden, wie das zukünftige Verfahren hinsichtlich der Bezuschussung/Kostenbeteiligung durch die Jagdgenossenschaft gestaltet werden soll.

Beschluss:

Nach sehr eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, künftig hinsichtlich der Bezuschussung/Kostenbeteiligung durch die Jagdgenossenschaft wie folgt zu verfahren:

Ab dem Jahr 2017 soll die Zahlung an die Jagdgenossenschaft auf jährlich 9.000,00 € erhöht werden.